

## Niederschrift

über die 6. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses und des Ausschusses für Planung und Liegenschaften am 17.04.2018  
(10. Wahlperiode)

## Tagesordnung

	Seite
<b>Öffentliche Sitzung</b> .....	4
<b>1 Einwohnerfragestunde</b> .....	4
<b>2 Wohnbaulandentwicklung Meerbusch 2030 - Wohnraumbedarfsanalyse Meerbusch und vorausschauende Baulandentwicklung Vorlage: FB4/0742/2018</b> .....	4
<b>2.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 06.02.2018 betr. Wohnbaulandentwicklung Meerbusch Vorlage: ZD/0196/2018</b> .....	7
<b>2.2 Antrag der UWG-Fraktion vom 12.02.2018 betr. Wohnbaulandentwicklung Meerbusch Vorlage: ZD/0197/2018</b> .....	9
<b>2.3 Anfrage der Fraktion DIE LINKE und Piratenpartei zur Wohnraumbedarfsanalyse Vorlage: FB4/0105/2018</b> .....	10
<b>2.4 Anträge der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen betr. Wohnbaulandentwicklung Meerbusch Vorlage: FB4/0202/2018</b> .....	11
<b>3 Verschiedenes</b> .....	15

Sitzungsort: Städt. Meerbusch-Gymnasium, Mönkesweg 58, 40670 Meerbusch-Strümp, Foyer

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:06 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzende Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss**

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

**Vorsitzender Ausschuss für Planung und Liegenschaften**

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

**von der CDU-Fraktion - Ausschuss für Planung und Liegenschaften**

Herr Herbert Becker Ratsmitglied

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied

Herr Uwe Wehrspohn Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion - Ausschuss für Planung und Liegenschaften**

Frau Kirsten Danes Sachkundige Bürgerin Vertretung für Herrn Thomas Gabernig

Herr Klaus Rettig Ratsmitglied

**von der SPD-Fraktion - Ausschuss für Planung und Liegenschaften**

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

Frau Nicole Niederdelmann-Siemes Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Ausschuss für Planung und Liegenschaften**

Herr Christof Behlen Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Jürgen Peters

Frau Dr. Karen Schomberg Ratsmitglied Vertretung für Herrn Joachim Quaß

**von der UWG-Fraktion - Ausschuss für Planung und Liegenschaften**

Herr Heinrich Peter Weyen Ratsmitglied

**Beratende Mitglieder Ausschuss für Planung und Liegenschaften**

Herr Hubert Kräling Seniorenbeirat

**von der CDU-Fraktion - Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss**

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied Vertretung für Frau Renate Kox

Herr Andreas Harms Ratsmitglied Vertretung für Herrn Thomas Jung

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

**von der SPD-Fraktion - Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss**

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion - Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss**

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied Vertretung für Herrn Klaus Rettig

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss**

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

Herr Joachim Quaß Ratsmitglied Vertretung für Frau Dr. Karen Schomberg

**von der Fraktion Die Linke und Piratenpartei - Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss**

Herr Marc Becker Ratsmitglied

**von der UWG-Fraktion - Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss**

Frau Daniela Glasmacher Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Heinrich Peter Weyen

**von der Verwaltung**

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Michael Assenmacher Techn. Beigeordneter

Frau Kirsten Steffens Bereichsleiterin Fachbereich 4

**Schriftführerin**

Frau Lisanne Wilms Fachbereich 4

es fehlen:

**von der CDU-Fraktion - Ausschuss für Planung und Liegenschaften**

Frau Norma Köser-Voitz Ratsmitglied

**von der SPD-Fraktion - Ausschuss für Planung und Liegenschaften**

Herr Dieter Jüngerkes Ratsmitglied

**von der Fraktion Die Linke und Piraten - Ausschuss für Planung und Liegenschaften**

Herr Marcel Müller Sachkundiger Bürger

**von der CDU-Fraktion - Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss**

Herr Thomas Jung Ratsmitglied

Frau Renate Kox Ratsmitglied

Ratsherr Becker bittet den Tagesordnungspunkt 2.3 „Anfrage der Fraktion DIE LINKE und Piratenpartei zur Wohnraumbedarfsanalyse“ als erstes zu beraten, da die Beantwortung ausschlaggebend für die Beratung und Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 2 „Wohnbaulandentwicklung Meerbusch 2030“ ist.

Die Ausschüsse stimmen dem zu.

Die Tagesordnungspunkte 2.1 „Antrag der SPD-Fraktion“, 2.2 „Antrag der UWG-Fraktion“ und 2.4 „Anträge der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen“ werden vor dem Tagesordnungspunkt 2 „Wohnbaulandentwicklung Meerbusch 2030“ beraten.

## Öffentliche Sitzung

### 1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

### 2 Wohnbaulandentwicklung Meerbusch 2030 - Wohnraumbedarfsanalyse Meerbusch und vorausschauende Baulandentwicklung Vorlage: FB4/0742/2018

#### Beschluss:

1. Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss und der Ausschuss für Planung und Liegenschaften empfehlen dem Rat der Stadt, die Verwaltung zu beauftragen, die Beschlüsse zur Entwicklung folgender Siedlungsflächen vorzubereiten:

Nr.	Bezeichnung	Anzahl Wohneinheiten	Anteil Typ "Einfamilienhaus" *	Startjahr der Aufsiedlung
4	Ivangsheide	450	60%	2023
5	Kamper Hof	160	60%	2027
7	Auf dem Kamp	60	100%	2020
16	Barbara-Gerretz-Schule	120	10%	2021
19	Schneiderspfad	60	80%	2023
26	Hermann-Unger-Allee	22	0%	2023
30	Böhler-Siedlung	60	0%	2022
33	Gelleper Straße	15	80%	2021
34	Latum Ost	50	80%	2025
35	Gonellastraße	30	100%	2022
36	Alter Teich	12	100%	2019
38	Nierst - Am Oberen Feld	40	80%	2024
<b>Wohneinheiten insgesamt:</b>		<b>1.079</b>		

- \* • Als „Richtgröße“ gilt für die zukünftigen Planungen, dass insgesamt 50% der geschaffenen Wohnungen im Geschosswohnungsbau realisiert werden. Dies sollte dann auch in den genannten Anteilen berücksichtigt werden.
- Unter der Begrifflichkeit „Einfamilienhäuser –EFH“ fallen auch Doppelhäuser und Reihenhäuser.
  - Die vorgeschlagenen Planungen sind zunächst als Orientierungsrahmen zu betrachten. Eine Festlegung zu einem späteren Zeitpunkt schafft damit jeweils Möglichkeiten, sich einem evtl. veränderten Bedarf oder Förderrichtlinien anzupassen.

## 2. Handlungsfelder

### Handlungsfeld 1:

Bei der künftigen Siedlungsentwicklung sollen auf der Basis des Konzeptes zur aktiven Grundstückspolitik weitere Maßnahmen ergriffen werden:

- Errichtung weiterer Sozialbauwohnungen,
- Stärkung des preisgedämpften Neubaus von Miet- und Eigentumswohnungen,
- Sicherung preisgünstiger Wohnungen im Bestand,
- Schaffung von Wohnbauflächenreserven für sozialen und preisgedämpften Wohnungsneubau (siehe Vorlage: FB6/0621/2017 „Aktive Grundstückspolitik zur Entwicklung von Siedlungsflächen“)
- Bei Planungen im Bereich des geförderten Wohnungsbaus sind Grenzen wie z.B. für maximale Wohnungsgrößen im Rahmen der SGBII-Regelungen zu berücksichtigen.

### Handlungsfeld 2:

Bei der künftigen Siedlungsentwicklung bedarf es folgender Maßnahmen:

- Berücksichtigung kleiner und barrierefreier Wohnungen bei Neubauplanungen,
- Umbau in altengerechte und inklusive Wohnungen bei Bestandsimmobilien,
- Beratungsangebote zur Wohnraumanpassung,
- Koordination von Bedarfen und Bauaktivitäten,
- Anpassung des Betreuungs- und Unterstützungsangebotes für ältere Menschen
- Infrastrukturerfordernisse, insbesondere auch im Bereich Verkehr, sind rechtzeitig vor den konkreten Planungen zu untersuchen
- Bei allen Planungen sind auch die Belange behinderter Menschen zu berücksichtigen.

### Handlungsfeld 3:

Zur Versorgung dieser Zielgruppen mit geeignetem Wohnraum stehen folgende Aufgaben im Schwerpunkt:

- Aktivierung vorhandener Flächenpotenziale zum Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern,
- Unterstützung des Generationenwechsels im älteren Eigenheimbestand,
- Bestandsanpassung älterer Eigenheimquartiere,
- Schaffung der notwendigen Infrastruktur, insbesondere Ausbau des Betreuungsangebotes für Kinder
- Beim Zuschnitt der Grundstücksgrößen insbesondere für Reihenhäuser sollte darauf geachtet werden, dass eine Finanzierung für junge Familien möglich ist.

### Handlungsfeld 4:

Will man die Förderung von gemeinschaftlichen Wohnformen stützen, bedarf es einer Unterstützung bei der

- Moderation von Zielfindungsprozessen in Projektgruppen,
- Unterstützung von Projektgruppen beim Erwerb geeigneter Flächen und Objekte,
- verwaltungsinternen Koordination unterstützender Aktivitäten.

## Handlungsfeld 5:

Im Vordergrund bei der Aktivierung von Wohnungsbaureserven stehen folgende Aufgaben:

- Erwerb kommunaler Wohnbauflächen bzw. Zwischenerwerb zur konzeptionellen Einflussnahme auf private Wohnbautätigkeit nach dem bereits beschlossenen Konzept „Aktive Grundstückspolitik“,
- Bewertung und Priorisierung der verfügbaren Flächenreserven,
- Förderquotierung und Konzeptvergabe bei kommunalen Flächen,
- verstärkte Mobilisierung von Flächen in der Innenentwicklung.

## Handlungsfeld 6:

Bei zukünftigen Planungen zusammenhängender Baugebiete sind bestehende Gehölzstrukturen, ökologisch hochwertige Bereiche und Biotopvernetzungen in den Planungen zu berücksichtigen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis der vorgenannten Baulandentwicklung insbesondere die Kindertagesstättenbedarfsplanung, die Schulentwicklungsplanung und die Verkehrsplanung fortzuschreiben. Bei der im Vergabeverfahren befindlichen Sportstättenbedarfsplanung ist die Siedlungsentwicklung zu berücksichtigen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Berichtswesen zur Evaluierung zum Stand der Wohnraumentwicklung zu erstellen. In beiden Ausschüssen soll hierzu mindestens einmal im Jahr möglichst vor den Haushaltsberatungen berichtet werden.

**Abstimmungsergebnis Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG		1	
DIE LINKE und Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
<b>Gesamt</b>	<b>15</b>	<b>3</b>	<b>0</b>

**Abstimmungsergebnis Ausschuss für Planung und Liegenschaften:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG		1	
DIE LINKE und Piraten	1		
<b>Gesamt</b>	<b>14</b>	<b>3</b>	<b>0</b>

**2.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 06.02.2018 betr. Wohnbaulandentwicklung Meerbusch  
Vorlage: ZD/0196/2018**

**Abstimmungsergebnis Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss: Streichung der Spalte Anteil Typ „Einfamilienhaus“ (Punkt1)**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG		1	
DIE LINKE und Piraten	1		
Bürgermeisterin		1	
<b>Gesamt</b>	<b>6</b>	<b>12</b>	<b>0</b>

**Abstimmungsergebnis Ausschuss für Planung und Liegenschaften: Streichung der Spalte Anteil Typ „Einfamilienhaus“ (Punkt 1)**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG		1	
DIE LINKE und Piraten	1		
<b>Gesamt</b>	<b>6</b>	<b>11</b>	<b>0</b>

**Abstimmungsergebnis Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss: Handlungsfelder in die Beschlussvorlage aufnehmen (Punkt 2)**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE und Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
<b>Gesamt</b>	<b>18</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**Abstimmungsergebnis Ausschuss für Planung und Liegenschaften: Handlungsfelder in Beschlussvorlage aufnehmen (Punkt 2)**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE und Piraten	1		
<b>Gesamt</b>	<b>17</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**Abstimmungsergebnis Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss: „Verkehrsplanung“ zum neuen Punkt 3 hinzufügen (Punkt 3)**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE und Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
<b>Gesamt</b>	<b>18</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**Abstimmungsergebnis Ausschuss für Planung und Liegenschaften: „Verkehrsplanung“ zum neuen Punkt 3 hinzufügen (Punkt 3)**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE und Piraten	1		
<b>Gesamt</b>	<b>17</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**Abstimmungsergebnis Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss: Berichtswesen zur Evaluierung (Punkt 4)**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE und Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
<b>Gesamt</b>	<b>18</b>	<b>0</b>	<b>0</b>



**Abstimmungsergebnis Ausschuss für Planung und Liegenschaften: Berichtswesen zur Evaluierung (Punkt 4)**

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE und Piraten	1		
<b>Gesamt</b>	<b>17</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erläutert den Antrag der SPD-Fraktion.

Sie verweist darauf, dass in der Spalte Typ Anteil „Einfamilienhaus“ konkrete Zahlen erst bei der genauen Planung der einzelnen Baugebiete festgelegt werden können. Die SPD-Fraktion spricht sich für eine Streichung dieser Spalte aus.

Im Anschluss wird über den Antrag beraten und abgestimmt.

**2.2 Antrag der UWG-Fraktion vom 12.02.2018 betr. Wohnbaulandentwicklung Meerbusch  
Vorlage: ZD/0197/2018**

Ratsherr Weyen stellt den Antrag der UWG-Fraktion vor, auf städt. Grundstücken künftig 20% als Miet- und Eigentumswohnungen, 20% als Sozialwohnungen zu errichten.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage weist daraufhin, dass bezügl. der städt. Grundstücke in einer gemeinsamen Sitzung von Sozial- und Planungsausschuss beschlossen worden sei, im sozialen Wohnungsbau einen Anteil von 30% vorzusehen. Rein tatsächlich wird auf dem ehemals städt. Grundstück Moerser Str. (Alter Bauhof) die überwiegende Fläche, auf den Grundstücken Insterburger Straße und Rottstraße zu 100% sozialer Wohnungsbau errichtet. Der Antrag bedeute insofern also eine Reduzierung des sozialen Wohnraums. Des Weiteren habe der Rat im Sommer 2017 eine Beschluss zur aktiven Grundstückspolitik gefasst, nachdem private Flächen nur entwickelt werden, wenn der Grundstückseigentümer der Stadt 1/3 der Fläche zum Preis von 10% des Bodenrichtwertes überlässt. Durch dieses Instrumentarium solle u.a. die Möglichkeit geschaffen werden, Infrastruktureinrichtungen zu schaffen und die Flächenverfügbarkeit für sozialen Wohnungsbau zu erhöhen, aber auch durch eine Veräußerung von Grundstücken unterhalb des Bodenrichtwertes preisgedämpften Wohnraum zu schaffen.

An der anschließenden Diskussion wird der Antrag der UWG als populistisch, wenig differenziert, aber insbesondere die derzeitige Beschlusslage unterschreitende Errichtung von preiswertem Wohnraum kritisiert. Es bestand Einigkeit, dass auf der Basis des heute anstehenden Beschlusses zur Siedlungsentwicklung weitere Beschlüsse folgen müssen, u.a. müsse ein Konzept für preisgedämpften Wohnraum entwickelt werden.

In diesem Zusammenhang weist Ratsherr Damblon auf das Konzept der Stadt Düsseldorf hin, welches in der Praxis allerdings nicht umsetzbar sei.

Die UWG-Fraktion zieht den Antrag zurück.

### **2.3 Anfrage der Fraktion DIE LINKE und Piratenpartei zur Wohnraumbedarfsanalyse Vorlage: FB4/0105/2018**

Erster Beigeordneter Maatz erläutert, dass insgesamt festzuhalten ist, dass zuletzt und in der nahen Zukunft mit den bekannten Bauprojekten für den geförderten Wohnungsbau ein verbessertes Angebot erreicht wird. Die Zahl der Anträge auf einen Wohnberechtigungsschein ist mit 181 Anträgen in 2016 auf vergleichbarem Niveau der Vorjahre. Allerdings bewegt sich die Zahl der Antragsteller, die tatsächlich auch eine Sozialwohnung anmieten konnten, auch 2016 und in den Vorjahren auf eher geringem Niveau (s. S. 87 Sozialbericht 2014-2016).

Wie im Jugend- und Sozialbericht 2014-2016 der Stadt Meerbusch ebenfalls dargestellt (Seite 86 ff), erhielten im Jahre 2016 weniger als ein Drittel der Personen, die einen Wohnberechtigungsschein (WBS) für den Bezug einer Wohnung im sozialen Wohnungsbau beantragen, auch tatsächlich eine solche Wohnung. Ein Viertel dieser Personen waren Rentner.

Im gleichen Jahr war knapp die Hälfte der Empfänger von Wohngeldleistungen im Rentenalter.

Der Anstieg der Personen mit Grundsicherungsleistungen gem. 4. Kapitel SGB XII ist ein weiteres Indiz für den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum. Seit 2014 stiegen die Fallzahlen dieser Transferleistung um 11,9%.

2016 lebten in Meerbusch 12.634 Personen über 65 Jahre. Davon bekamen 406 Personen Wohngeld und Grundsicherungsleistungen. Das sind 3,2% aller Menschen in dieser Altersgruppe.

Alle aktuell fertiggestellten geförderten Wohnungen sind barrierefrei und insofern auch besonders für Senioren geeignet. Gemeinsam mit den Wohnungsbaugesellschaften wird, insbesondere bei den älteren berechtigten Bewohnern in den Bestandswohnungen, für einen Umzug in den geeigneteren Neubau geworben.

Es folgt eine rege Diskussion über verschiedene Aspekte, an der sich Vertreterinnen und Vertreter aller Fraktionen beteiligen.

In diesem Zusammenhang verweist Bürgermeisterin Mielke-Westerlage nochmal darauf, dass seit dem letzten Jahr 214 Sozialwohnungen in Meerbusch realisiert werden konnten. Sie versichert, dass die Verwaltung die Entwicklung der Bedarfszahlen in den nächsten Jahren im Blick halten wird, um entsprechend reagieren zu können.

**2.4 Anträge der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen betr. Wohnbaulandentwicklung Meerbusch**  
**Vorlage: FB4/0202/2018**

Antrag auf Ergänzung der Beschlussvorlage vom 16. April 2018

**Abstimmungsergebnis Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss: Punkte 1 bis 3 des Ergänzungsantrages – Aufnahme als Sternchen-Anmerkung**

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
CDU	8		
SPD			3
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG			1
DIE LINKE und Piraten		1	
Bürgermeisterin	1		
<b>Gesamt</b>	<b>11</b>	<b>3</b>	<b>4</b>

**Abstimmungsergebnis Ausschuss für Planung und Liegenschaften: Punkte 1 bis 3 des Ergänzungsantrages – Aufnahme als Sternchen-Anmerkung**

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
CDU	8		
SPD			3
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG			1
DIE LINKE und Piraten		1	
<b>Gesamt</b>	<b>10</b>	<b>3</b>	<b>4</b>

**Abstimmungsergebnis Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss: Punkt 6 des Ergänzungsantrages – Aufnahme als neues Handlungsfeld**

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE und Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
<b>Gesamt</b>	<b>18</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**Abstimmungsergebnis Ausschuss für Planung und Liegenschaften: Punkt 6 des Ergänzungsantrages - Aufnahme als neues Handlungsfeld**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE und Piraten	1		
<b>Gesamt</b>	<b>17</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**Abstimmungsergebnis Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss: Punkte 4 und 5 des Ergänzungsantrages – Ergänzende Aufnahme zum Handlungsfeld 3 bzw. 1**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG			1
DIE LINKE und Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
<b>Gesamt</b>	<b>17</b>	<b>0</b>	<b>1</b>

**Abstimmungsergebnis Ausschuss für Planung und Liegenschaften: Punkte 4 und 5 des Ergänzungsantrages - Ergänzende Aufnahme zum Handlungsfeld 3 bzw. 1**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE und Piraten	1		
<b>Gesamt</b>	<b>17</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**Abstimmungsergebnis Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss: Punkt 7 des Ergänzungsantrages - Ergänzende Aufnahme zum Handlungsfeld 2**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE und Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
<b>Gesamt</b>	<b>18</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**Abstimmungsergebnis Ausschuss für Planung und Liegenschaften: Punkt 7 des Ergänzungsantrages - Ergänzende Aufnahme zum Handlungsfeld 2**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE und Piraten	1		
<b>Gesamt</b>	<b>17</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**Abstimmungsergebnis Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss: Punkt 8 des Ergänzungsantrages - Ergänzende Aufnahme zum Handlungsfeld 2**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE und Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
<b>Gesamt</b>	<b>18</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**Abstimmungsergebnis Ausschuss für Planung und Liegenschaften: Punkt 8 des Ergänzungsantrages - Ergänzende Aufnahme zum Handlungsfeld 2**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE und Piraten	1		
<b>Gesamt</b>	<b>17</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Antrag auf Ergänzung der Beschlussempfehlung vom 09. April 2018

**Abstimmungsergebnis Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss: Vertagungsantrag der SPD**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE und Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
<b>Gesamt</b>	<b>18</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

### Abstimmungsergebnis Ausschuss für Planung und Liegenschaften: Vertagungsantrag der SPD

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE und Piraten	1		
<b>Gesamt</b>	<b>17</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

#### Antrag auf Ergänzung der Beschlussvorlage vom 16. April 2018

Ratsherr Damblon trägt den Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen auf Änderung der Beschlussvorlage vor.

Zu Beginn wird über die ersten drei Punkte des Ergänzungsantrags abgestimmt. Die Spalte Anteil Typ „Einfamilienhaus“ im Beschlussvorschlag Punkt 1 soll mit einem sog. Sternchen versehen werden, das sich inhaltlich aus den drei Punkten zusammensetzt..

Die Fraktionen SPD und FDP sprechen sich grundsätzlich für eine Streichung dieser Spalte aus. Die Festlegung der konkreten Zahlen soll erst bei den Umsetzungen der einzelnen Baugebiete erfolgen.

Die Fraktionen CDU und Bündnis90/Die Grünen verweisen darauf, dass es sich bei den vorliegenden Zahlen um Richtwerte handelt, die als eine Art Orientierungsrahmen dienen.

Als nächstes wird der Punkt 6 des Ergänzungsantrags beraten und abgestimmt.

Ratsherr Peters erläutert das von den Fraktionen vorgeschlagene neue 6. Handlungsfeld, das die Themenbereiche Natur- und Artenschutz beinhaltet.

Das Handlungsfeld soll mit in die Beschlussvorlage aufgenommen und wie folgt definiert werden: „Bei zukünftigen Planungen zusammenhängender Baugebiete sind bestehende Gehölzstrukturen, ökologisch hochwertige Bereiche und Biotopvernetzungen in den Planungen zu berücksichtigen.“

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage schlägt für die Punkte 4 und 5 des Antrags vor, diese ergänzend in die in die Handlungsfelder 3 beziehungsweise 1 aufzunehmen und die Punkte 7 und 8 in das Handlungsfeld 2.

Alle Fraktionen stimmen diesem Vorschlag zu.

#### Antrag auf Ergänzung der Beschlussempfehlung vom 09. April 2018

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt in das Thema ein und erläutert den Antrag der beiden Fraktionen. Sie regt an, den Begriff „sozial-räumliche Begutachtung“ durch den Begriff „integriertes Handlungskonzept“ zu ersetzen.

Ratsherr Damblon betont nochmals die Wichtigkeit dieses Antrags. In den nächsten Jahren wird die Zahl an Neubürgern im Ortsteil Osterath deutlich ansteigen. Es ist demnach wichtig, um besonders ein Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den Alt- und Neubürgern zu schaffen, ein integriertes Handlungskonzept aufzustellen.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Vertreterinnen und Vertreter aller Fraktionen.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes schlägt vor, den Antrag zu vertagen und in die nächste Ratssitzung zu verschieben, da keine Beratung innerhalb der Fraktionen in so kurzer Zeit stattfinden konnte. Beide Ausschüsse stimmen dem zu.

### **3        Verschiedenes**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Meerbusch, den 25. April 2018

---

Angelika Mielke-Westerlage

---

Werner Damblon

---

Lisanne Wilms  
Schriftführer/in